
354/AB XXIII. GP

Eingelangt am 19.04.2007

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Gesundheit, Familie und Jugend

Anfragebeantwortung



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGFJ-11001/0024/2007

Wien, am 17. April 2007

Sehr geehrter Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische

Anfrage Nr. 354/J der Abgeordneten Ridi Steibl, Dr. Maria Fekter

Kolleginnen und Kollegen wie folgt:

Fragen 1 bis 3:

Die Tragödie der drei Schwestern in Linz, die von ihrer Mutter von der Außenwelt abgeschottet wurden und in der Folge physisch und psychisch schwer verwahrlost sind, hat mich persönlich sehr erschüttert und betroffen gemacht.

Als Bundesministerin für Gesundheit, Familie und Jugend ist es mir ein großes Anliegen, alle meine Möglichkeiten zu nutzen, damit ähnlich tragische Fälle in der Zukunft verhindert werden.

Um der Traumatisierung von Kindern entgegenzuwirken, ist es äußerst wichtig, dass ihre Gefährdung möglichst frühzeitig erkannt wird. Voraussetzung dafür ist, dass der Informationsfluss zwischen den zuständigen Behörden und Einrichtungen verbessert wird. Aus diesem Grunde habe ich die Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes 1989 veranlasst, mit der ein „Frühwarnsystem“ eingerichtet werden soll. Künftig sollen Schulbehörden aber auch Schulen selbst eine Meldung an die Jugendwohlfahrtsträger erstatten, wenn das Wohl der SchülerInnen gefährdet ist, etwa wenn ein schulpflichtiges Kind vom Schulunterricht abgemeldet wird. Der Entwurf der Gesetzesnovelle ist derzeit in Begutachtung.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andrea Kdolsky
Bundesministerin